



# Pressemitteilung

## Universität Tübingen fordert deutlich höhere Grundfinanzierung

**Senat nimmt Stellung zu Verhandlungen über neuen Hochschulfinanzierungsvertrag – „Mindestens 1.000 Euro mehr pro Studentin und Student“**

Dr. Karl Guido Rijkhoek  
Leiter

Antje Karbe  
Pressereferentin

Telefon +49 7071 29-76788  
+49 7071 29-76789

Telefax +49 7071 29-5566  
karl.rijkhoek[at]uni-tuebingen.de  
antje.karbe[at]uni-tuebingen.de

[www.uni-tuebingen.de/aktuell](http://www.uni-tuebingen.de/aktuell)

Tübingen, den 19.08.2019

Die Universität Tübingen hat vom Land Baden-Württemberg eine deutliche Erhöhung der staatlichen Grundfinanzierung gefordert. „Während das Bruttoinlandsprodukt Baden-Württembergs seit 1998 um real 40 Prozent und die Steuereinnahmen sogar um 49 Prozent gestiegen sind, liegt der Zuschuss des Landes pro Studierendem heute um real 3.540 Euro unter dem Landeszuschuss des Jahres 1998“, kritisierte der Senat der Universität in einer am Montag veröffentlichten Stellungnahme. „Daher verlangen wir, die staatliche Grundfinanzierung der Universität Tübingen endlich an die stark gestiegenen Anforderungen anzupassen und die strukturelle Unterfinanzierung dauerhaft zu beenden.“

Dazu sei es notwendig, den Landeszuschuss an die baden-württembergischen Hochschulen 2021 in einem ersten Schritt um mindestens 1.000 Euro pro Studentin und Student zu erhöhen, erklärte das Gremium. Anschließend müsse der Landeszuschuss pro Jahr um drei Prozent gesteigert werden. Darüber hinaus forderte der Senat, Baden-Württemberg müsse die von der Bundesregierung mit dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ zugesagten Mittel an die Hochschulen weiterreichen und – wie im Zukunftsvertrag vereinbart – um Landesmittel in gleicher Höhe ergänzen.

Die Hochschulen verhandeln derzeit mit der Landesregierung über einen neuen Finanzierungsvertrag. Die Laufzeit des bisherigen Vertragswerks endet im Jahr 2020. „Die Signale, die wir im Rahmen der Verhandlungen derzeit erhalten, lassen befürchten, dass die Investitionen in die Hochschulen eingefroren oder gar gekürzt werden sollen“, sagte der Rektor der Universität, Professor Bernd Engler. Angesichts der ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen, vor denen Baden-Württemberg in den kommenden Jahren stehe, wäre dies folgenschwer.

„Die Anforderungen und Erwartungen, die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an die Hochschulen herantragen, wachsen kontinuierlich“, betonte der Senat der Universität in seiner Stellungnahme. „Deutlich mehr junge Menschen als noch vor 20 Jahren streben heute ein Studium an.“ Zahllose Unternehmen, die ihre Arbeitskräfte noch vor wenigen Jahren überwiegend selbst ausgebildet hätten, würden heute zunehmend darauf setzen, dass Ausbildung von den Hochschulen geleistet werde: „Politische Entscheidungen – etwa zur Akademisierung von Gesundheitsberufen – haben den generellen Trend zum Hochschulstudium als Regelfall nochmals deutlich verstärkt.“

Alle Industrienationen stünden vor dramatischen Veränderungen: „Globalisierung, technologischer und demographischer Wandel, Umweltzerstörung und Klimawandel fordern jeden Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt. Es wird in den nächsten Jahrzehnten mehr denn je auf die Universitäten und ihre Leistungen in Forschung und Lehre ankommen“, erklärte das Gremium: „Nur mit den Universitäten, mit ihrer Fähigkeit, das Wissen zu erweitern und weiterzugeben, ihrer Fähigkeit zu Dialog und Ausgleich sowie nicht zuletzt ihrer Fähigkeit zur transnationalen und interkulturellen Verständigung wird unsere Gesellschaft in der Lage sein, diese Herausforderungen zu meistern. Die Universitäten brauchen dazu aber ein solides finanzielles Fundament.“

**Kontakt:**

Dr. Karl G. Rijkhoek  
Universität Tübingen  
Hochschulkommunikation  
Telefon +49 7071 29-76788  
karl.rijkhoek[at]uni-tuebingen.de